

Spionage-Thriller reicht bis in die Oberpfalz

Der Generalbundesanwalt hat zwei Russlanddeutsche festnehmen lassen. Sie sollen Sabotageakte, Brand- und Sprengstoffanschläge geplant haben. Und sie spähten den US-Stützpunkt Grafenwöhr aus

Von Anne-Beatrice Clasmann, dpa, und Julian Trager

Bayreuth/Grafenwöhr. Ein Fall mutmaßlicher russischer Spionage sorgt für Aufregung – auch in Ostbayern. In Bayern hat die Polizei zwei Männer festgenommen, die für Moskau mögliche Anschlagziele in Deutschland ausgekundschaftet haben sollen – unter anderem den US-Stützpunkt im oberpfälzischen Grafenwöhr (Landkreis Neustadt a. d. Waldnaab). Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) ließ am Donnerstag den russischen Botschafter einbestellen.

Den beiden Russlanddeutschen, die von Beamten des Bundeskriminalamtes an zwei unterschiedlichen Orten im Raum Bayreuth abgeholt wurden, ging es nach Angaben des Generalbundesanwalts um Sabotageaktionen. Ziel der geplanten Anschläge sei letztlich gewesen, die deutsche Unterstützung für die Ukraine zu unterminieren.

Die Beschuldigten seien dringend verdächtig, in einem besonders schweren Fall für einen ausländischen Geheimdienst tätig gewesen zu sein, teilte der Generalbundesanwalt mit. Dem Älteren der beiden am Mittwoch Festgenommenen, Dieter S., werden auch die Verabredung zur Herbeiführung von Sprengstoffexplosionen und Brandstiftungen vorgeworfen sowie Agententätigkeit zu Sabotagezwecken und sicherheitsgefährdendes Abbilden militärischer Anlagen.

Bereitschaft zu Brand- und Sprengstoffanschlägen

Die in Russland geborenen Männer haben den Angaben zufolge beide die deutsche und die russische Staatsbürgerschaft. Ermittler durchsuchten ihre Wohn- und Arbeitsorte. Konkret soll sich Dieter S. mit jemandem, der mit einem russischen Geheimdienst in Verbindung steht, seit mindestens vergangenen Oktober über mögliche Sabotageaktionen ausgetauscht haben. Er soll sich bereiterklärt haben, Sprengstoff- und Brandanschläge vor allem auf militärisch genutzte Infrastruktur und Industriestandorte in Deutschland zu begehen. Dieter S. sammelte dem Generalbundesanwalt zufolge Informationen über potenzielle Anschlagziele, darunter auch Einrichtungen der US-Streitkräfte. Der zweite Beschuldigte, Alexander J., half ihm demnach spätestens seit diesem März.

Zu den ausgekundschafteten Orten gehören nach Informationen der Deutschen Presse-Agentur der US-Stützpunkt im oberpfälzischen Grafenwöhr sowie andere militärische Einrichtungen in Bayern. In Grafenwöhr werden auch ukrainische Streitkräfte ausgebildet. Einige der ins Visier genommenen Objekte soll Dieter S. vor Ort ausgespäht und fotografiert haben, etwa Militärtransporte. Ein Angriff auf eines der Objekte soll aber dem Vernehmen nach nicht unmittelbar bevorstanden haben. Für S. ordnete ein Ermittlungsrichter am Mittwoch Untersuchungshaft an. Der Haftbefehl gegen J. wurde am Donnerstag in Vollzug gesetzt.

Beschuldigter soll im Donbass gekämpft haben

Auf Anfrage äußerte sich die US-Armee in Grafenwöhr dazu nicht, erklärte aber, dass sich die Bevölkerung sicher fühlen könne. Ansonsten verwies sie auf höhere Stellen. Vom Pressebüro der US-Armee in Europa gab es dazu keine Bestätigung, aber auch kein Dementi. Stattdessen antwortete man mit einer allgemeinen Mail: Man unternehme alles, um die Sicherheit der Standorte und der Bevölkerung zu



Auf dem US-Truppenübungsplatz Grafenwöhr in der Oberpfalz bilden die amerikanischen Streitkräfte auch Soldaten aus der Ukraine aus. Foto: Armin Weigel/dpa

gewährleisten. Man bitte immer darum, verdächtige Dinge zu melden. Fragen zu dem Fall solle man den deutschen Behörden stellen.

Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) ließ nach der Festnahme den russischen Botschafter einbestellen. „Der Verdacht, dass Putin bei uns Agenten anwirbt, um Anschläge auf deutschem Boden zu verüben, ist extrem schwerwiegend“, schrieb die Ministerin auf der Plattform X. Die Bundesregierung werde nicht zulassen, dass der russische Präsident „seinen Terror nach Deutschland trägt“. Das sei dem Botschafter am Donnerstag mitgeteilt worden. Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) sagte: „Wir wissen, dass der russische Machtapparat auch unser Land in den Fokus nimmt.“ Auf diese Bedrohung müsse Deutschland

wehrhaft und entschlossen reagieren. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) sprach von einem besonders schweren Fall der mutmaßlichen Agententätigkeit für Russland. „Wir werden die Ukraine weiter massiv unterstützen und uns nicht einschüchtern lassen“, betonte sie. Dieter S. steht laut Generalbundesanwalt zudem im dringenden Verdacht, sich als Kämpfer einer bewaffneten Einheit der als ausländische terroristische Vereinigung eingestuftes „Volksrepublik Donezk“ angeschlossen zu haben. Er soll zwischen Dezember 2014 und September 2016 in der Ostukraine für diese prorussische Vereinigung aktiv gewesen sein und über eine Schusswaffe verfügt haben.

2014 hatten sich moskautreue Separatisten nach dem Sturz des russlandfreundlichen Präsidenten Vik-

tor Janukowitsch von Kiew losgesagt. Die neue prowestliche Führung in Kiew hatte danach mit einem Militäreinsatz vergeblich versucht, die Kontrolle über Donezk und andere Ortschaften im Donbass zurückzuerlangen.

Neuer Spionagefall wirft auch politische Fragen auf

Es ist nicht der erste mutmaßliche Spionagefall, der die Bundesanwaltschaft beschäftigt. Anders als bei den bereits zuvor aufgedeckten Fällen, waren die beiden nun festgenommenen Beschuldigten nicht in einem sicherheitsrelevanten Bereich beschäftigt.

In Berlin steht aktuell ein ehemaliger Mitarbeiter des Bundesnachrichtendienstes (BND) vor Gericht. Die Bundesanwaltschaft wirft ihm

und einem Geschäftsmann Landesverrat in besonders schwerem Fall vor. Sie sollen im September und Oktober 2022 geheime Dokumente und Informationen aus dem deutschen Auslandsnachrichtendienst an den russischen Inlandsgeheimdienst FSB gegeben haben. Dafür sollen sie laut Anklage einen „Agentenlohn“ von 450000 beziehungsweise 400000 Euro bekommen haben. Die beiden Deutschen sitzen in Untersuchungshaft.

Weiter war im vergangenen August in Koblenz ein Berufssoldat festgenommen worden, der beim Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr arbeitete. Die Einrichtung ist zuständig für die Ausstattung der Bundeswehr mit Material und Waffen sowie die Entwicklung, Erprobung und Beschaffung von Wehrtechnik. Ab Mai 2023 soll der Mann mehrfach dem russischen Generalkonsulat in Bonn und der russischen Botschaft in Berlin eine Zusammenarbeit angeboten haben.

Die Bundeswehr stellt seit Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine an ihren Standorten vermehrt Drohnenüberflüge fest. Aktenkundig wurden unter anderem Verdachtsfälle im bayerischen Wildflecken (Landkreis Bad Kissingen), in Grafenwöhr und im rheinland-pfälzischen Idar-Oberstein sowie am Truppenübungsplatz Altengrabow in Sachsen-Anhalt.

„Es bleibt dringend notwendig, Hinweise auf verschiedene Operationen zusammenzuführen, die ganzheitliche Strategie dahinter zu erkennen und sich daraus ergebende Muster zu analysieren, um sich dagegen wehrhaft aufzustellen und zu behaupten“, sagte der Grünen-Innenpolitiker Konstantin von Notz. Er ist Vorsitzender des geheim tagenden Bundestagsgremiums zur Kontrolle der Geheimdienste und forderte: „Deutschland muss sich zukünftig deutlich robuster, resilient und wehrhafter aufstellen.“

► Kommentar Seite 2

Wenn der Feind durchs Fenster schaut

Erhard Grundl, Bundestagsabgeordneter für die Grünen aus dem Landkreis Straubing-Bogen, weiß, wie es ist, wenn einem Russland bei der Arbeit zusieht. Vor seinem Berliner Bürofenster im Otto-Wels-Haus, Unter den Linden 50, dritter Stock, liegt auf der anderen Straßenseite die russische Botschaft. Nach Erkenntnissen deutscher Sicherheitsbehörden arbeiten dort nicht nur normale Angestellte – sondern auch Agenten und Spione von mindestens drei Geheimdiensten: dem militärischen Geheimdienst GRU, dem zivilen Auslandsgeheimdienst SWR und dem Inlandsgeheimdienst FSB, wie die Deutsche Presse-Agentur berichtet.

„Jeden Tag, wenn ich in die Arbeit gehe, sehe ich die russische Fahne wehen“, sagt Grundl am Donnerstag am Telefon und verweist, obwohl nicht religiös, auf Psalm 23 der Bibel: Sein Tisch sei bereitet „im Angesicht meiner Feinde“. Man habe sich immer sicher

sein können, dass Russland in Deutschland Spionage betreibt. Der ehemalige Botschafter der Ukraine, Andrij Melnyk, sei allerdings bei einem Besuch ganz entspannt gewesen: Er halte die Russen für nicht so gewieft, hier im Haus spionieren zu können. Sie verstünden sich eher auf Sabotage. Auch Grundl meint: „Mit den Russen können wir umgehen.“ Er mache sich aber Sorgen wegen der „Bedrohung von innen“ und meint damit

seine Abgeordnetenkollegen von der AfD. Im Auswärtigen Ausschuss, dem Grundl angehört, etwa würden Sitzungen zur Ukraine als geheim eingestuft, Abgeordnete müssen ihre Smartphones abgeben und wegschließen, dürften keinerlei

Notizen machen. „Trotzdem sitzen dann mit Peter Bystron und Eugen Schmidt Abgeordnete im Raum, die hunderte Dienstreisen nach Russland unternommen haben und die fünfte Kolonne des Kremls sind.“

Die am Donnerstag bekanntgewordenen mutmaßlichen Spionageakte zeigten laut Grundl wieder, dass Deutschland die Nato unbedingt brauche, denn: „In der Ukraine geht es auch um uns.“ Wenn Putin dort erfolgreich und Deutschland zögerlich sei, könnten sich die imperialistischen Ambitionen Russlands ausdehnen. Deutschland habe die Bedeutung der eigenen Verteidigungsfähigkeit über Jahre nicht hoch genug eingeschätzt – „auch die Grüne-Seite“ – und zu wenig investiert. Das müsse man aufarbeiten und die richtigen Schlüsse ziehen. Dennoch sagt Grundl mit Blick auf die AfD: „Wir dürfen uns nichts vormachen: Die Gefahr für die Demokratie, die von dieser Partei ausgeht, ist real.“ (urb)



Erhard Grundl
Archivfoto: Christoph Urban